

## VSEG-Stellungnahme zu Geschäften der bevorstehenden Juni-Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren

Der VSEG informiert Sie mit dem aktuellen „Standpunkt“ wiederum über seine Empfehlungen zu einzelnen Vorlagen für die Juni-Session. Bei den nachstehenden Geschäften und Empfehlungen handelt es sich um Leistungsfelder der Einwohnergemeinden oder zumindest um Bereiche, die von den Gemeinden umgesetzt werden. Aus diesen Gründen erachten wir es als wichtig und richtig, wenn die notwendigen Entscheide im Interesse der Gemeinden gefällt werden!

---

I 037/2017

**Interpellation Heiner Studer (FDP, Nunningen): Erhalt der Poststellen (VWD)**

**Der VSEG ist mit der regierungsrätlichen Antwort teilweise befriedigt.**

Der VSEG hat sich in den letzten Wochen – nach Bekanntwerden der Poststellen-Schliessungen im Kanton Solothurn – aktiv und stark gegen die angekündigten Schliessungsentscheide bei der Post selbst und beim Bundesrat eingesetzt. Auch dem VSEG ist es durchaus bewusst, dass sich auch die Post den Entwicklungen der Realität anzupassen hat, dies umso mehr auch, da die geforderten finanziellen Abgaben an den Bund ein wirtschaftliches Handeln der Post voraussetzen. Dennoch möchten wir es hier nicht unerwähnt lassen, dass die Post einen Grundversorgungsauftrag auszuführen und diesen nicht selbst zu interpretieren hat. Wenn die Post schon Unternehmerin sein will, dann soll sie sich auch den Kundenbedürfnissen entsprechend aufstellen. Dies im Sinne eines modernen Dienstleistungsunternehmens mit einem gesetzlichen Versorgungsauftrag. Mit der Initiative des VSEG wurden nun ebenfalls die solothurnischen Parlamentarier (National- und Ständeräte) aufgefordert, sich aktiv in die Diskussion im National- und Ständerat einzubringen, damit die Reformgeschwindigkeit bzw. der unkontrollierte Poststellenabbau und somit auch der Abbau des Service-Public gestoppt und den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst werden kann. Der VSEG erwartet hier auch vom Regierungsrat ein entscheidendes Dagegenhalten gegen den rigorosen Poststellenabbau im Kanton Solothurn.

---

A 195/2016

**Auftrag Fraktion SP: Massnahmen gegen flächendeckende Poststellenschliessungen (VWD)**

**Der VSEG ist mit dem neu abgeänderten regierungsrätlichen Antrag (nicht abschreiben) einverstanden.**

Die Begründungspositionen des VSEG können aus dem vorliegenden Beantwortungstext entnommen werden! Wir begrüssen es sehr, dass sich der Regierungsrat nun damit einverstanden erklärt hat, den Auftrag erheblich erklären zu lassen und nicht abzuschreiben. Der VSEG ist gerne bereit, zusammen mit dem Regierungsrat den notwendigen öffentlichen Druck aus dem Kanton Solothurn gegenüber der Post, dem Bundesrat und gegenüber dem National- und Ständerat, welcher übrigens den neuen Postauftrag in den nächsten Wochen diskutieren wird, geltend zu machen.

---

A 148/2016

**Auftrag Susanne Koch Hauser (CVP, Erschwil): Kantonsstrassenfinanzierung neu regeln (BJD)**

**Der VSEG unterstützt den neu abgeänderten bzw. präzisierten Auftragstext (ohne Kompensationsbedingung).**

Der VSEG hat sich im Zuge der Erarbeitung der neuen Kantonsstrassenfinanzierung sehr stark engagiert und sich dafür eingesetzt, dass mit der Aufgabenentflechtung im Strassenbaubereich eine für den Kanton und die Gemeinden klarere Verantwortlichkeitssituation geschaffen werden kann. Der Kanton ist für den Bau und Unterhalt seiner Anlagen selbst verantwortlich und soll diesen somit

auch selbst finanzieren. Der VSEG ist überzeugt, dass mit dieser entflechteten Aufgabenerfüllung vor allem eine kosteneffizientere Aufgabenerfüllung ermöglicht werden kann. Die Gemeinden sind im Zuge von kantonalen Strassenbauten zukünftig bereit, allfällig erzeugte Mehrwerte für die Gemeinden mitzufinanzieren. Die mit der klaren Aufgabentrennung kalkulierten scheinbaren Minderkosten von 3 – 6 Mio. Franken sind für eine Diskussion im Rahmen der vom Kanton und von den Gemeinden angestrebten Aufgabenentflechtungen sekundär. Aus diesen Gründen ist auch eine vom Regierungsrat gewünschte Geld-Kompensation nicht angebracht bzw. verhindert den notwendigen Gesamt-Reformwille.

\*RG 087/2017

**Ausbildungsverpflichtung in Spitälern, Heimen und bei der Spitex; Änderung Spitalgesetz und Sozialgesetz (DDI)**

**Der VSEG unterstützt den regierungsrätlichen Vorschlag und empfiehlt diesen zur Annahme.**

Der VSEG hat sich im Rahmen der Erarbeitung dieser Vorlage aktiv in die Lösungsfindung einbringen können. Wir begrüßen grundsätzlich die Neuregelung der Ausbildungsverpflichtung und unterstützen diese auch. Im Zuge der Vernehmlassung haben wir den Regierungsrat jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass die zum Teil sehr kleinen Versorgungsräume im Kanton Solothurn – gerade im ambulanten Bereich (Spitex) – mit den Ausbildungsverpflichtungen überfordert sein könnten. Aus diesen Gründen haben wir verlangt, dass die Ausbildungsverpflichtung auch in überregionalen Gefässen bzw. in Ausbildungs-Hubs umgesetzt werden können. Von allfälligen Strafaktionen für Organisationen, welche den Ausbildungsauftrag begründet nicht erfüllen können, sehen wir ab. Die Organisationen sollen selbst davon überzeugt sein, dass der Ausbildungsauftrag notwendig ist und dass sich vor allem Kleinorganisationen an einen Hub anschliessen und den Ausbildungsauftrag auch mitfinanzieren. Die Ersatzvornahme durch den Kanton soll nur in äussersten Notfällen umgesetzt werden!

I 093/2017

**Interpellation Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Wieviel Überprüfung braucht unsere Schule? (10.05.2017) (DBK)**

**Der VSEG ist mit der Beantwortung teilweise befriedigt.**

Der VSEG erachtet eine grundsätzliche und auf die solothurnischen Bedürfnisse angepasste Überprüfung unserer Bildungsstrukturen bzw. des Schülerwissens als in Ordnung. Grossangelegte und mit Doppelspurigkeiten versehene hochwissenschaftliche und kostspielige Überprüfungen unterstützen wir jedoch nicht. In Zukunft ist vom Kanton Solothurn bei solchen Überprüfungsaktionen nicht nur darauf zu achten, dass es keine Doppelspurigkeiten gibt, sondern dies ist zu verlangen bzw. vorzusetzen.